

Protokoll 150. Sitzung des Gemeinderats von Zürich

Mittwoch, 9. Juni 2021, 17.00 Uhr bis 22.03 Uhr, in der Halle 9
der Messe Zürich

Vorsitz: Präsident Mischa Schiwow (AL)

Beschlussprotokoll: Sekretär Mark Richli (SP)

Anwesend: 117 Mitglieder

Abwesend: Tobias Baggenstos (SVP), Nicolas Cavalli (GLP), Hans Dellenbach (FDP), Stephan Iten (SVP), Cathrine Pauli (FDP), Vera Ziswiler (SP), 2 Sitze vakant

Der Rat behandelt aus der vom Präsidenten erlassenen, separat gedruckten Tagliste folgende Geschäfte:

- | | | | |
|----|--------------------------|--|------------|
| 1. | | Mitteilungen | |
| 2. | 2021/215 | * Weisung vom 26.05.2021:
Immobilien Stadt Zürich, Schulanlage Lavater, Neubau
Doppelsporthalle und Anpassung Einfachsporthalle für die
Betreuung, Objektkredit | VHB
VSS |
| 3. | 2021/216 | * Weisung vom 26.05.2021:
Finanzdepartement, Unfallversicherung Stadt Zürich (UVZ),
Genehmigung von Geschäftsbericht und Jahresrechnung 2020 | FV |
| 4. | 2021/217 | * Weisung vom 26.05.2021:
Finanzdepartement, Stiftung für bezahlbare und ökologische
Wohnungen – Einfach Wohnen, Kenntnisnahme Geschäfts-
bericht 2020 | FV |
| 5. | 2021/219 | * Weisung vom 26.05.2021:
Motion von Walter Angst, Isabel Garcia und 1 Mitunterzeichnen-
den betreffend Objektkredit für die Bereitstellung einer Kinder-
garten- und Horteinrichtung im Gebiet zwischen Sihlcity und
Bahnhof Giesshübel, Bericht und Abschreibung | VHB
VSS |
| 6. | 2021/220 | * Motion von Reto Brüesch (SVP), Sabine Koch (FDP) und
32 Mitunterzeichnenden vom 26.05.2021:
Zonenplanänderung für den Ersatz der wegfallenden
potenziellen Wohnfläche in der angrenzenden Zone zur
Parzelle AF 45050 im Rahmen der Zonenplanänderung
«Im Isengrind» | - |

- | | | | | |
|-----|--------------------------|-----|--|-----|
| 8. | 2021/202 | * | Einzelinitiative von Stéphanie von Walterskirchen vom 03.05.2021:
Verzicht auf eine Kürzung der Mittagspause im Rahmen der Pilotprojekte und der Umsetzung der Tagesschule 2025 | |
| 9. | 2020/521 | | Weisung vom 19.11.2020:
Sozialdepartement, Massnahmenplan zur Frühen Förderung 2021–2025 der Stadt Zürich, Bericht an den Gemeinderat | VS |
| 10. | 2021/112 | E/A | Postulat von Natalie Eberle (AL) und Willi Wottreng (AL) vom 17.03.2021:
Mütter- und Väterberatungsstellen, sozialräumlich und elektronisch niederschwelligere Gestaltung der Zugänglichkeit | VS |
| 11. | 2021/142 | E/A | Postulat von Judith Boppart (SP) und Matthias Renggli (SP) vom 31.03.2021:
Flächendeckende Realisierung von qualitativen Begegnungs-orten für Familien mit kleineren Kindern («One-Stop-Shops») | VS |
| 12. | 2021/100 | | Dringliche Interpellation der SP-, Grüne- und AL-Fraktion vom 10.03.2021:
Bericht betreffend die Überprüfung der Bundesasylzentren durch die Nationale Kommission zur Verhütung von Folter (2019–2020), Umsetzung der verlangten Massnahmen für den Betrieb des Bundesasylzentrums Zürich durch die AOZ | VS |
| 14. | 2019/296 | | Interpellation von Susanne Brunner (SVP) und Stephan Iten (SVP) vom 26.06.2019:
Besetzung des Pflingstweidparks durch Protestierende gegen die Asylgesetzrevision, rechtliche Grundlagen und Kriterien für den Entscheid der Duldung der Besetzung, für die Auflösung von illegalen Partys und für das Eingreifen bei Lärmklagen sowie Kriterien hinsichtlich der Abgabe von Nahrungsmitteln im Rahmen von legalen und illegalen Anlässen | VSI |
| 15. | 2019/329 | E/A | Postulat von Dr. David Garcia Nuñez (AL), Ezgi Akyol (AL) und 1 Mitunterzeichnenden vom 10.07.2019:
Benennung des Parks zwischen der Badener- und Zweierstrasse nach Rosa Luxemburg | VSI |
| 16. | 2019/336 | E/A | Postulat der SP-, Grüne- und GLP-Fraktion vom 10.07.2019:
Vereinfachtes Beantragen von Begegnungszonen durch die Bevölkerung sowie vermehrte Initiierung solcher Zonen durch die Verwaltung | VSI |
| 17. | 2019/346 | A/P | Motion von Shaibal Roy (GLP), Marcel Bührig (Grüne) und 2 Mitunterzeichnenden vom 21.08.2019:
Zulassung von Ausländerinnen und Ausländern mit einer C-Bewilligung für die Tätigkeit als bewaffnete Polizistinnen und Polizisten | VSI |

- | | | | | |
|------|--------------------------|-----|--|-----|
| 17a. | 2021/224 | A | Postulat von Stephan Iten (SVP) und Roger Bartholdi (SVP) vom 26.05.2021:
Verzicht auf eine Zulassung von Personen mit einer Niederlassungsbewilligung C zur Polizeiausbildung | VSI |
| 18. | 2019/368 | A | Postulat der SVP-Fraktion vom 04.09.2019:
Erhöhung des Verkehrsflusses auf den Haupteinfall- und den Ausfallachsen | VSI |
| 19. | 2019/369 | A | Postulat der SVP-Fraktion vom 04.09.2019:
Verzicht auf Temporeduktionen auf Durchgangs- und Hauptverkehrsachsen | VSI |
| 20. | 2019/393 | | Interpellation von Elisabeth Schoch (FDP) und Martina Zürcher (FDP) vom 18.09.2019:
Unbewilligte Veranstaltung auf dem Pfingstweidplatz, Gründe für die Gleichsetzung der illegalen Veranstaltung mit einer Hausbesetzung und mögliche Anpassung der Leitlinien für ein Eingreifen der Polizei sowie Vereinfachung der Bewilligungsprozesse und Bewilligungsanforderungen zwecks Gleichbehandlung aller Veranstaltungen | VSI |
| 21. | 2019/445 | E/A | Postulat von Martin Götzl (SVP) und Stephan Iten (SVP) vom 23.10.2019:
Erhöhung der Sicherheit um das Seeufer in Zürich durch vermehrte Polizeipräsenz und Videoüberwachung | VSI |
| 22. | 2019/465 | E/T | Postulat von Pärparim Avdili (FDP) und Pascal Lamprecht (SP) vom 30.10.2019:
Verbesserung der Verkehrssicherheit rund um den Farbhof sowie in der Badener- und Dachslerenstrasse | VSI |
| 23. | 2019/487 | A | Postulat von Andreas Egli (FDP), Martina Zürcher (FDP) und 18 Mitunterzeichnenden vom 13.11.2019:
Verhinderung und Ahndung von Störungen des öffentlichen Verkehrs bei unbewilligten Demonstrationen | VSI |
| 24. | 2019/512 | | Interpellation von Andreas Egli (FDP), Dominique Zygmunt (FDP) und 24 Mitunterzeichnenden vom 27.11.2019:
Aktionen von linken Aktivistinnen und Aktivisten gegen Referentinnen und Referenten aus dem konservativen und rechten Meinungsspektrum, generelle Haltung des Stadtrats zur Meinungsäusserungsfreiheit in Zürich sowie mögliche Massnahmen zur Durchsetzung dieses Verfassungsrechts | VSI |
| 25. | 2019/537 | | Interpellation der SVP-Fraktion vom 04.12.2019:
Tätlicher Angriff in der Buchhandlung/Bar «sphères» vom 27. November 2019, Haltung des Stadtrats zum Vorfall und zur genügenden Äusserung eines städtischen Angestellten sowie Massnahmen zur Verhinderung solcher Situationen zum Schutz der gesamten Bevölkerung | STP |

* Keine materielle Behandlung

Mitteilungen

Die Mitteilungen des Ratspräsidenten werden zur Kenntnis genommen.

Roger Bartholdi (SVP) beantragt namens der SVP-Fraktion die gemeinsame Behandlung der Geschäfte TOP 7, GR Nr. 2021/224, «Postulat von Stephan Iten (SVP) und Roger Bartholdi (SVP) vom 26.05.2021: Verzicht auf eine Zulassung von Personen mit einer Niederlassungsbewilligung C zur Polizeiausbildung» und TOP 17, GR Nr. 2019/346, «Motion von Shaibal Roy (GLP), Marcel Bührig (Grüne) und 2 Mitunterzeichnenden vom 21.08.2019: Zulassung von Ausländerinnen und Ausländern mit einer C-Bewilligung für die Tätigkeit als bewaffnete Polizistinnen und Polizisten».

Der Rat stimmt dem Antrag von Roger Bartholdi (SVP) mit 50 gegen 34 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit entfällt die Beschlussfassung über den Antrag auf Dringlichkeit von Stephan Iten (SVP) vom 2. Juni 2021 (vergleiche Beschluss-Nr. 3994/2021). Top 7 wird als Top 17a behandelt.

Susanne Brunner (SVP) beantragt namens der SVP-Fraktion die gemeinsame Behandlung der Geschäfte TOP 18, GR Nr. 2019/368, «Postulat der SVP-Fraktion vom 04.09.2019: Erhöhung des Verkehrsflusses auf den Haupteinfall- und den Ausfallachsen» und TOP 19, GR Nr. 2019/369, «Postulat der SVP-Fraktion vom 04.09.2019: Verzicht auf Temporeduktionen auf Durchgangs- und Hauptverkehrsachsen».

Der Rat stimmt dem Antrag von Susanne Brunner (SVP) mit 81 gegen 0 Stimmen (bei 1 Enthaltung) zu.

An der nachfolgenden Fraktionserklärung werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

4029. 2021/250

Erklärung der Grüne-Fraktion vom 09.06.2021: Position der FDP zur städtischen Klimapolitik und zum nationalen CO₂-Gesetz

Namens der Grüne-Fraktion verliest Julia Hofstetter (Grüne) folgende Fraktionserklärung:

Klimapolitische Kakophonie in der FDP

Der Stadtrat hat seine Klimaziele kommuniziert. Und er sagt: ohne die entsprechenden Rahmenbedingungen auf Bundesebene ist das Ziel nicht erreichbar. Diese notwendigen Rahmenbedingungen sind durch das revidierte CO₂-Gesetz gegeben. Mit seinen Voten gegen das CO₂-Gesetz macht Stadtrat Leutenegger eine Kampagne gegen das städtische Klimaziel. Das ist unhaltbar.

Ebenfalls aus den Reihen der FDP wurde ein Postulat eingereicht, das die Beratungstätigkeit der Stadtverwaltung als Volksbelehrung betitelt. Das Wort Volksbelehrung steht für eine überhebliche, bevormundende und arrogante Art der Wissensvermittlung. Die FDP-Vertretung sagt also, die Stadt lehrt das Volk auf eine überhebliche, bevormundende und arrogante Art. Eine einigermaßen pikante Aussage.

Nehmen wir das Beispiel der städtischen Beratungsangebote zum Heizungersatz. Zu diesem Thema hat ja gerade eben Gemeinderat Leiser einen Brief an die Mitglieder des Hauseigentümerbandes verschickt.

Gemeinderat Leiser macht in diesem Brief mit Zahlen, die auf einem Gefälligkeitsgutachten basieren Stimmung gegen das CO₂-Gesetz. Gemeinderat Leiser behauptet, dass das CO₂-Gesetz die Mieten verteuert.

Und so kommt Herr Leiser zu seinen Zahlen: Bei den fossilen Heizungen rechnet er keine oder minimalste Unterhaltskosten mit ein. Dafür sind dann bei allen Sanierungsvarianten sehr hohe nicht nachvollziehbare Unterhaltskosten mit eingerechnet. Und während Herr Leiser also mit solch fragwürdigen Zahlen hantiert betiteln seine Fraktionskolleginnen und -kollegen die fundierte und seriöse Arbeit der Fachexpertinnen und Experten auf der Verwaltung als Volksbelehrung.

Wir sehen aber im Fall von Gemeinderat Leiser, dass die seriöse Beratungsarbeit der Stadtverwaltung gerade zum Beispiel beim Heizungsersatz besonders wichtig ist. Vom Hauseigentümerverband erhalten die Mitglieder ja nur politisch motivierte Beratung.

Gerade Sie als FDP, die nicht die minimalsten Regeln beim Klimaschutz wollen, gerade Sie, die immer an die Eigenverantwortung appellieren und damit das Individuum für alles verantwortlich machen, gerade Sie setzen wie der Hauseigentümerverband unter Herr Leiser zeigt in der Beratung auf Falschinformationen. Wie soll man denn adäquat handeln können, wenn man das korrekte Wissen nicht hat?

Dass der Liberalismus sich im Grundsatz auf das Zeitalter der Aufklärung beruft, spürt man der städtischen FDP zur Zeit wirklich nicht an. Herr Leiser jongliert mit zusammen gebastelten Zahlen, Stadtrat Leutenegger torpediert das CO₂-Gesetz und damit die Klimaziele der Stadt und der Rest der Fraktion betitelt fachlich fundierte Informationen als Volksbelehrung.

Statt auf Enlightenment setzt die FDP zurzeit konsequent auf Endarkment. Aber auch mit ideologischem Lichterlöschen schaffen wir die Energiewende nicht.

Sehr geehrte FDP-Fraktion, mit zwei Stadträten tragen doch auch Sie eine gewisse minimale Verantwortung für Zürich und dafür, dass die Stadt ihre Klimaziele erreicht. Die Grünen möchten Sie in diesem Zusammenhang an die Rolle der FDP beim CO₂ Gesetz erinnern. Da war zwar zuerst die Verwässerung des CO₂-Gesetzes durch die FDP, so dass das Parlament noch einmal über die Bücher musste und wichtige Zeit verloren ging. Aber die FDP hat kurz vor den Wahlen ihr grünes Gen entdeckt, hat sich auf Bundesebene zusammengerissen und konstruktiv an einer Lösung gearbeitet. Dabei ist ein wirkungsvoller Kompromiss zu Stande gekommen. Das revidierte CO₂-Gesetz.

Geschätzte FDP-Fraktion reissen auch Sie sich zusammen und hören Sie auf, Krieg gegen die Zukunft zu führen. Wenn Sie mit Zahlen hantieren, rechnen Sie bitte fair und anständig. Herr Leiser, als Direktor des Hauseigentümerverbandes tragen Sie Verantwortung, und es ist die Spekulation mit dem Boden, welche die Mieten in die Höhe treibt, nicht das CO₂-Gesetz.

G e s c h ä f t e

4030. 2021/215

Weisung vom 26.05.2021:

Immobilien Stadt Zürich, Schulanlage Lavater, Neubau Doppelsporthalle und Anpassung Einfachsporthalle für die Betreuung, Objektkredit

Zuweisung an die SK PRD/SSD gemäss Beschluss des Büros vom 7. Juni 2021

4031. 2021/216

Weisung vom 26.05.2021:

Finanzdepartement, Unfallversicherung Stadt Zürich (UVZ), Genehmigung von Geschäftsbericht und Jahresrechnung 2020

Zuweisung an die RPK gemäss Beschluss des Büros vom 7. Juni 2021

4032. 2021/217**Weisung vom 26.05.2021:****Finanzdepartement, Stiftung für bezahlbare und ökologische Wohnungen – Einfach Wohnen, Kenntnisnahme Geschäftsbericht 2020**

Zuweisung an die GPK gemäss Beschluss des Büros vom 7. Juni 2021

4033. 2021/219**Weisung vom 26.05.2021:****Motion von Walter Angst, Isabel Garcia und 1 Mitunterzeichnenden betreffend Objektkredit für die Bereitstellung einer Kindergarten- und Horteinrichtung im Gebiet zwischen Sihlcity und Bahnhof Giesshübel, Bericht und Abschreibung**

Zuweisung an die SK PRD/SSD gemäss Beschluss des Büros vom 7. Juni 2021

4034. 2021/220**Motion von Reto Brüesch (SVP), Sabine Koch (FDP) und 32 Mitunterzeichnenden vom 26.05.2021:****Zonenplanänderung für den Ersatz der wegfallenden potenziellen Wohnfläche in der angrenzenden Zone zur Parzelle AF 45050 im Rahmen der Zonenplanänderung «Im Isengrind»**

Beschlussfassung über den Antrag auf Dringlichkeit von Reto Brüesch (SVP) vom 2. Juni 2021 (vergleiche Beschluss-Nr. 3995/2021)

Die Dringlicherklärung wird von 50 Ratsmitgliedern unterstützt, womit das Quorum von 62 Stimmen gemäss Art. 88 Abs. 2 GeschO GR nicht erreicht ist.

Mitteilung an den Stadtrat

4035. 2021/202**Einzelinitiative von Stéphanie von Walterskirchen vom 03.05.2021:****Verzicht auf eine Kürzung der Mittagspause im Rahmen der Pilotprojekte und der Umsetzung der Tagesschule 2025**

Dem Büro des Gemeinderats ist am 3. Mai 2021 von der Stimmberechtigten Stéphanie von Walterskirchen eine Einzelinitiative eingereicht worden (vergleiche Beschluss-Nr. 3925/2021).

Die Einzelinitiative bedarf zur weiteren Behandlung der vorläufigen Unterstützung von mindestens 42 Mitgliedern des Gemeinderats (§ 139 Abs. 2 Gesetz über die politischen Rechte [GPR] in Verbindung mit Art. 15 Abs. 4 Gemeindeordnung).

Für die vorläufige Unterstützung der Einzelinitiative stimmen 18 Ratsmitglieder, womit das Quorum nicht erreicht ist.

Das Geschäft ist erledigt (§ 139 Abs. 3 GPR).

Mitteilung an den Stadtrat und an Stéphanie von Walterskirchen, Aurorastrasse 6, 8032 Zürich

4036. 2020/521**Weisung vom 19.11.2020:****Sozialdepartement, Massnahmenplan zur Frühen Förderung 2021–2025 der Stadt Zürich, Bericht an den Gemeinderat**

Antrag des Stadtrats

Vom Bericht zum Massnahmenplan Frühe Förderung 2021–2025 des Sozial-, des Schul- und Sport- sowie des Gesundheits- und Umweltdepartements wird Kenntnis genommen.

Referentin zur Vorstellung der Weisung: Selina Walgis (Grüne)

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Sozialdepartements Stellung.

Änderungsantrag

Die Mehrheit der SK SD beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der SK SD beantragt folgende Änderung zum Antrag des Stadtrats:

Vom Bericht zum Massnahmenplan Frühe Förderung 2021–2025 des Sozial-, des Schul- und Sport- sowie des Gesundheits- und Umweltdepartements wird ablehnend Kenntnis genommen.

Mehrheit:	Selina Walgis (Grüne), Referentin; Präsident Markus Baumann (GLP), Vizepräsidentin Nadia Huberson (SP), Alexander Brunner (FDP), Patrik Brunner (FDP), Mélissa Dufournet (FDP), Marco Geissbühler (SP), Mathias Manz (SP), Matthias Renggli (SP), Roger-Paul Speck (SP), Willi Wottreng (AL)
Minderheit:	Samuel Balsiger (SVP), Referent; Sebastian Zopfi (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 97 gegen 10 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung

Die Mehrheit der SK SD beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Die Minderheit der SK SD beantragt Ablehnung des Antrags des Stadtrats.

Mehrheit:	Selina Walgis (Grüne), Referentin; Präsident Markus Baumann (GLP), Vizepräsidentin Nadia Huberson (SP), Alexander Brunner (FDP), Patrik Brunner (FDP), Mélissa Dufournet (FDP), Marco Geissbühler (SP), Mathias Manz (SP), Matthias Renggli (SP), Roger-Paul Speck (SP), Willi Wottreng (AL)
Minderheit:	Samuel Balsiger (SVP), Referent; Sebastian Zopfi (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 97 gegen 10 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Vom Bericht zum Massnahmenplan Frühe Förderung 2021–2025 des Sozial-, des Schul- und Sport- sowie des Gesundheits- und Umweltdepartements wird Kenntnis genommen.

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 16. Juni 2021

4037. 2021/112

**Postulat von Natalie Eberle (AL) und Willi Wottreng (AL) vom 17.03.2021:
Mütter- und Väterberatungsstellen, sozialräumlich und elektronisch nieder-
schwelligere Gestaltung der Zugänglichkeit**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Sozialdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Natalie Eberle (AL) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 3728/2021).

Samuel Balsiger (SVP) begründet den von Stephan Iten (SVP) namens der SVP-Fraktion am 31. März 2021 gestellten Ablehnungsantrag.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Sozialdepartements Stellung.

Das Postulat wird mit 88 gegen 23 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

4038. 2021/142

**Postulat von Judith Boppart (SP) und Matthias Renggli (SP) vom 31.03.2021:
Flächendeckende Realisierung von qualitativen Begegnungsorten für Familien
mit kleineren Kindern («One-Stopp-Shops»)**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Sozialdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Judith Boppart (SP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 3797/2021).

Samuel Balsiger (SVP) begründet den von Stephan Iten (SVP) namens der SVP-Fraktion am 14. April 2021 gestellten Ablehnungsantrag.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Sozialdepartements Stellung.

Das Postulat wird mit 73 gegen 34 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

4039. 2021/100

**Dringliche Interpellation der SP-, Grüne- und AL-Fraktion vom 10.03.2021:
Bericht betreffend die Überprüfung der Bundesasylzentren durch die Nationale
Kommission zur Verhütung von Folter (2019–2020), Umsetzung der verlangten
Massnahmen für den Betrieb des Bundesasylzentrums Zürich durch die AOZ**

Der Stadtrat beantwortet die Dringliche Interpellation (STRB 426 vom 12. Mai 2021).

Willi Wottreng (AL) nimmt Stellung.

Das Geschäft ist nach erfolgter Diskussion erledigt.

4040. 2019/296

**Interpellation von Susanne Brunner (SVP) und Stephan Iten (SVP) vom 26.06.2019:
Besetzung des Pfingstweidparks durch Protestierende gegen die Asylgesetzrevisi-
on, rechtliche Grundlagen und Kriterien für den Entscheid der Duldung der Be-
setzung, für die Auflösung von illegalen Partys und für das Eingreifen bei Lärm-
klagen sowie Kriterien hinsichtlich der Abgabe von Nahrungsmitteln im Rahmen
von legalen und illegalen Anlässen**

Der Stadtrat beantwortet die Interpellation (STRB 796 vom 2. September 2020).

Susanne Brunner (SVP) nimmt Stellung.

Das Geschäft ist nach erfolgter Diskussion erledigt.

4041. 2019/329

**Postulat von Dr. David Garcia Nuñez (AL), Ezgi Akyol (AL) und 1 Mitunterzeich-
nenden vom 10.07.2019:
Benennung des Parks zwischen der Badener- und Zweierstrasse nach Rosa
Luxemburg**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements namens
des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Dr. David Garcia Nuñez (AL) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr.
1511/2019).

Derek Richter (SVP) begründet den von Stephan Iten (SVP) namens der SVP-Fraktion
am 28. August 2019 gestellten Ablehnungsantrag.

Das Postulat wird mit 75 gegen 34 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur
Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

4042. 2019/336**Postulat der SP-, Grüne- und GLP-Fraktion vom 10.07.2019:
Vereinfachtes Beantragen von Begegnungszonen durch die Bevölkerung sowie
vermehrte Initiierung solcher Zonen durch die Verwaltung**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Simone Brander (SP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 1526/2019).

Derek Richter (SVP) begründet den von Stephan Iten (SVP) namens der SVP-Fraktion am 28. August 2019 gestellten Ablehnungsantrag.

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements Stellung.

Das Postulat wird mit 72 gegen 39 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

4043. 2019/346**Motion von Shaibal Roy (GLP), Marcel Bührig (Grüne) und 2 Mitunterzeichnenden
vom 21.08.2019:
Zulassung von Ausländerinnen und Ausländern mit einer C-Bewilligung für die
Tätigkeit als bewaffnete Polizistinnen und Polizisten**

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme der Motion ab, ist jedoch bereit, sie als Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Shaibal Roy (GLP) begründet die Motion (vergleiche Beschluss-Nr. 1562/2019).

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements Stellung.

Shaibal Roy (GLP) ist einverstanden die Motion in ein Postulat umzuwandeln.

Roger Bartholdi (SVP) stellt den Ablehnungsantrag zum Postulat.

Das Postulat GR Nr. 2021/251 (statt Motion GR Nr. 2019/346, Umwandlung) wird mit 79 gegen 33 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

4044. 2021/224**Postulat von Stephan Iten (SVP) und Roger Bartholdi (SVP) vom 26.05.2021:
Verzicht auf eine Zulassung von Personen mit einer Niederlassungsbewilligung C
zur Polizeiausbildung**

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

Roger Bartholdi (SVP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 3981/2021).

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements Stellung.

Das Postulat wird mit 15 gegen 96 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

4045. 2019/368

Postulat der SVP-Fraktion vom 04.09.2019:

Erhöhung des Verkehrsflusses auf den Haupteinfall- und den Ausfallachsen

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

Susanne Brunner (SVP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 1612/2019).

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements Stellung.

Peter Anderegg (EVP) stellt folgenden Textänderungsantrag:

Der Stadtrat wird aufgefordert, den Verkehrsfluss auf Haupteinfall- und Ausfallsachsen zu erhöhen. Dies soll mit vermehrtem Einrichten von so genannten «grünen Wellen» erreicht werden. Zusätzlich soll die Verkehrsflusssteuerung erhöht werden, ohne die Bevorzugung des öffentlichen Verkehrs zu reduzieren.

Susanne Brunner (SVP) ist mit der Textänderung einverstanden.

Das geänderte Postulat wird mit 33 gegen 77 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

4046. 2019/369

Postulat der SVP-Fraktion vom 04.09.2019:

Verzicht auf Temporeduktionen auf Durchgangs- und Hauptverkehrsachsen

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

Susanne Brunner (SVP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 1613/2019).

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements Stellung.

Das Postulat wird mit 28 gegen 78 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

4047. 2019/393

Interpellation von Elisabeth Schoch (FDP) und Martina Zürcher (FDP) vom 18.09.2019:

Unbewilligte Veranstaltung auf dem Pfingstweidplatz, Gründe für die Gleichsetzung der illegalen Veranstaltung mit einer Hausbesetzung und mögliche Anpassung der Leitlinien für ein Eingreifen der Polizei sowie Vereinfachung der Bewilligungsprozesse und Bewilligungsanforderungen zwecks Gleichbehandlung aller Veranstaltungen

Der Stadtrat beantwortet die Interpellation (STRB 253 vom 25. März 2020).

Elisabeth Schoch (FDP) nimmt Stellung.

Das Geschäft ist erledigt.

4048. 2019/445

Postulat von Martin Götzl (SVP) und Stephan Iten (SVP) vom 23.10.2019: Erhöhung der Sicherheit um das Seeufer in Zürich durch vermehrte Polizeipräsenz und Videoüberwachung

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Martin Götzl (SVP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 1794/2019).

Markus Baumann (GLP) begründet den namens der GLP-Fraktion am 13. November 2019 gestellten Ablehnungsantrag.

Das Postulat wird mit 29 gegen 72 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

4049. 2019/465

Postulat von Përparim Avdili (FDP) und Pascal Lamprecht (SP) vom 30.10.2019: Verbesserung der Verkehrssicherheit rund um den Farbhof sowie in der Badener- und Dachslerenstrasse

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Përparim Avdili (FDP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 1818/2019).

Roger Bartholdi (SVP) begründet den von Stephan Iten (SVP) namens der SVP-Fraktion am 13. November 2019 gestellten Textänderungsantrag:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie die verkehrlichen Sicherheitsbedingungen rund um den Farbhof, sowie in der Badenerstrasse und in der Dachslerenstrasse infolge der Limmattalbahn verbessert werden können. Insbesondere sollen dabei Schulwege sicherer gestaltet werden und entsprechende Massnahmen zur Erhöhung der Sicherheit der Fussgängerinnen und Fussgänger getroffen werden. In diesem Zusammenhang ist ebenfalls zu prüfen, wie die Verkehrsbeziehungen um den Farbhof (allenfalls lichtsignalgesteuert) optimiert werden, also aus dem Quartier stadtauswärts direkt in Richtung Schlieren (ohne U-Turn auf der Badenerstrasse) und ins Quartier mit Linksabbieger in die Karstlemstrasse oder in den Kelchweg. Die Kapazitäten für den MIV dürfen nicht reduziert werden.

Pascal Lamprecht (SP) ist mit der Textänderung nicht einverstanden.

Das Postulat wird mit 98 gegen 10 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

4050. 2019/487

Postulat von Andreas Egli (FDP), Martina Zürcher (FDP) und 18 Mitunterzeichnenden vom 13.11.2019:

Verhinderung und Ahndung von Störungen des öffentlichen Verkehrs bei unbewilligten Demonstrationen

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

Andreas Egli (FDP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 1876/2019).

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements Stellung.

Das Postulat wird mit 36 gegen 76 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

4051. 2019/512

Interpellation von Andreas Egli (FDP), Dominique Zygmunt (FDP) und 24 Mitunterzeichnenden vom 27.11.2019:

Aktionen von linken Aktivistinnen und Aktivisten gegen Referentinnen und Referenten aus dem konservativen und rechten Meinungsspektrum, generelle Haltung des Stadtrats zur Meinungsäusserungsfreiheit in Zürich sowie mögliche Massnahmen zur Durchsetzung dieses Verfassungsrechts

Der Stadtrat beantwortet die Interpellation (STRB 497 vom 10. Juni 2020).

Andreas Egli (FDP) nimmt Stellung.

Das Geschäft ist nach erfolgter Diskussion erledigt.

4052. 2019/537

Interpellation der SVP-Fraktion vom 04.12.2019:

Tätlicher Angriff in der Buchhandlung/Bar «sphères» vom 27. November 2019, Haltung des Stadtrats zum Vorfall und zur genügenden Äusserung eines städtischen Angestellten sowie Massnahmen zur Verhinderung solcher Situationen zum Schutz der gesamten Bevölkerung

Der Stadtrat beantwortet die Interpellation (STRB 409 vom 13. Mai 2020).

Das Geschäft ist erledigt.

E i n g ä n g e

An den nachfolgenden Texten werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

4053. 2021/252

Postulat der SP-, Grüne- und AL-Fraktion vom 09.06.2021: Verordnung über die familienergänzende Kinderbetreuung in der Stadt Zürich (VO KB), Verzicht auf eine Anhebung der Tarife für die Betreuung an einem ganzen Nachmittag

Von der SP-, Grüne- und AL-Fraktion ist am 9. Juni 2021 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie gewährleistet werden kann, dass anlässlich der Teilrevision der VO KB

- die Tarife für die schulische Betreuung an einem ganzen Nachmittag nicht angehoben werden.
- bei einer spontanen Buchung der Betreuung für einen ganzen Nachmittag der Zuschlag nur einmal verrechnet wird.

Begründung:

Anlässlich der Teilrevision der VO KB (Weisung 2020/540) ist geplant, das schulische Betreuungsangebot am Nachmittag in Modul 1 und 2 aufzuteilen. Dabei sind pro Modul die Tarife in folgender Bandbreite vorgesehen: von Fr. 2.- (Minimaltarif) bis Fr. 20.- (Maximaltarif). Wer die Betreuung am ganzen Nachmittag (14.00 bis 18.00 Uhr) beansprucht, wird also Fr. 4.- bis Fr. 40.- bezahlen. Der bisherige Tarif für die Betreuung am ganzen Nachmittag liegt in der Bandbreite Fr. 3.- (Minimaltarif) bis Fr. 40.- (Maximaltarif). Das bedeutet, dass sich für alle Eltern – ausser für die Eltern, die den Maximaltarif bezahlen – eine leichte Erhöhung der Kosten ergibt. Stossend ist, dass diese Erhöhung beim Minimaltarif am grössten ist: erhöht wird von Fr. 3.- auf Fr. 4.- pro Nachmittag. Diese Verteuerung kann für Familien mit geringem Einkommen und Vermögen ins Gewicht fallen.

Wir fordern den Stadtrat auf, bei der Tarifgestaltung anlässlich der Teilrevision der VO KB Rücksicht auf solche Familien zu nehmen und die Tarife für die schulische Betreuung an einem ganzen Nachmittag nicht anzuheben. Beispielsweise indem die Bandbreite der Tarife für die Module 1 und 2 auf Fr. 1.50 (Minimaltarif) bis Fr. 20.- (Maximaltarif) festgelegt wird.

Die Erfahrung zeigt, dass Familien mit Kindern zwar langfristig planen können, aber häufig kurzfristige Änderungen der Planung vornehmen müssen. Daher werden „spontane“ Buchungen eines Betreuungsangebots, d.h. Buchungen weniger als 30 Tage im Voraus, keine Seltenheit sein. Es ist daher stossend, dass der Zuschlag bei spontaner Buchung für die Betreuung an einem ganzen Nachmittag doppelt verrechnet wird: Er beträgt 3 Fr. pro Modul, also 6 Fr. Für Familien mit geringem Einkommen und Vermögen kostet der Zuschlag also mehr als die Betreuung selbst. Wir fordern den Stadtrat auf, diese Unfairness zu beseitigen.

Mitteilung an den Stadtrat

4054. 2021/253

Postulat von Yasmine Bourgeois (FDP), Ursula Näf (SP) und 12 Mitunterzeichnenden vom 09.06.2021: Anhang zur Verordnung über die Betreuungsangebote der Volksschule, erhebliche Senkung der Maximaltarife aller Angebote bei regulärer und spontaner Buchung, ohne Erhöhung der Minimaltarife

Von Yasmine Bourgeois (FDP), Ursula Näf (SP) und 12 Mitunterzeichnenden ist am 9. Juni 2021 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie dem Gemeinderat nach Inkrafttreten der neuen Gemeindeordnung innerhalb des Anhangs zur Verordnung über die Betreuungsangebote der Volksschule und deren Zeiten und Tarife, eine neu definierte Preisgestaltung vorzulegen ist. Dabei ist die Tabelle in Anhang 3 der VO KB unter «A. Angebote und Tarife, 1. Angebotsmodule mit einkommensabhängigen Elternbeiträgen» und der entsprechende Artikel der VO wie folgt anzupassen:

Die Maximaltarife aller Angebote bei regulärer und spontaner Buchung sind erheblich zu senken, ohne die Minimaltarife zu erhöhen.

Begründung:

Die einkommensabhängigen Tarife sollen so ausgestaltet werden, dass mittelständische Familien, welche ihre Kinder nur an bestimmten Tagen an der Tagesschule betreuen lassen möchten, nicht aufgrund der hohen Tarife zu einem Verzicht auf eine schulische Betreuung gedrängt werden. Zu hohe Tarife können dazu führen, dass gerade bei durchschnittlich bis überdurchschnittlich ausgebildeten Eltern ein Elternteil darauf verzichtet, erwerbstätig zu sein. Die hohen Tarife stehen damit nicht nur einer freien Wahl des Familienmodells im Weg, sondern insbesondere auch Familienmodellen, in welchen sich die Eltern die Erwerbstätigkeit und Kinderbetreuung aufteilen. Dies widerspricht der Idee einer ausgewogenen sozialen Durchmischung und einer optimalen Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Mitteilung an den Stadtrat

4055. 2021/254

Postulat von Martina Zürcher (FDP) und Andreas Egli (FDP) vom 09.06.2021: Lärmsanierungen auf ÖV-Hauptachsen mit lärmarmen Belägen statt mit Temporeduktionen

Von Martina Zürcher (FDP) und Andreas Egli (FDP) ist am 9. Juni 2021 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie er auf öV-Hauptachsen Lärmsanierungen vorwiegend mit lärmarmen Belägen anstatt mit Temporeduktionen durchführen kann. Dabei sollen die Mehrkosten für die Beläge (Einbau, höhere Sanierungsrhythmus etc.) den Mehrkosten des öV durch die Verlangsamung (Fahrzeuge, Personalkosten etc.), sowie grob geschätzten Kosten für die Unattraktivität des öV durch die Verlangsamung und deren Folgeeffekte (insb. mehr Individualverkehr) gegenübergestellt werden. Gestartet werden könnte mit einem Pilotprojekt.

Begründung:

Um möglichst viele Personen auf den öV zu bringen, respektive beim öV zu behalten, muss dieser attraktiv sein. Dazu gehört nicht nur ein dichtes Netz, sondern auch, dass der öV schnell unterwegs ist. Zurzeit macht der Stadtrat die nötigen Lärmreduktionen vorwiegend mit neuen Tempo-30-Strecken, nun auch vermehrt auf öV-Hauptachsen. Die Lärmsanierungen könnten jedoch auch anstelle von Tempo 30 mit lärmarmen Belägen erreicht werden (vgl. <https://www.bafu.admin.ch/bafu/de/home/themen/laerm/fachinformationen/massnahmen-gegen-laerm/massnahmen-gegen-strassenlaerm.html>). Der Stadtrat argumentiert stets, Tempo 30 sei eine günstige Lärmsanierungsmassnahme (vgl. z.B. Geschäftsbericht 2020, S.116). Allerdings werden die direkten und indirekten Kosten der öV-Verlangsamung bisher vernachlässigt.

Ausserdem hat das Postulat 2013/23 explizit Ausnahmen des Tempo-30-Lärmschutzes für Strassen mit öffentlichem Verkehr vorgesehen.

Mitteilung an den Stadtrat

Die drei Postulate werden auf die Tagliste der nächsten Sitzung gesetzt.

K e n n t n i s n a h m e n**4056. 2014/87****Weisung vom 26.03.2014:****«Volksinitiative für sichere und durchgängige Velorouten» (Velo-Initiative),
Ablehnung und Gegenvorschlag**

Den Ratsmitgliedern ist das Dokument «Tiefbauamt, Rahmenkredit Velo, Bericht über das «Bauprogramm Velo» für die Jahre 2021–2023 zu den kommunalen Veloinfrastrukturen» zugestellt worden.

4057. 2021/146**Dringliche Schriftliche Anfrage von Dr. Frank Rühli (FDP), Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP) und 29 Mitunterzeichnenden vom 31.03.2021:****Abbau zentrumsnaher Parkplätze in Schwamendingen, Möglichkeiten für ein kurzzeitiges Parkieren am Schwamendingerplatz für Familien mit Kleinkindern oder Personen mit leichter Mobilitätseinschränkung und für die Realisierung von Kurzzeitparkplätzen sowie Parkplätzen in der weissen und blauen Zone**

Der Stadtrat beantwortet die Dringliche Schriftliche Anfrage (STRB 496 vom 26. Mai 2021).

4058. 2021/51**Schriftliche Anfrage von Maya Kägi Götz (SP) vom 03.02.2021:****Werkplatz Basislager, Pläne für die Nutzung des Areals an der Aargauerstrasse 60–92 und Absichten der Stadt für die Verlängerung des Pachtvertrags, den Erhalt des Basislagers und die Übernahme der Infrastruktur**

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 540 vom 2. Juni 2021).

4059. 2021/52**Schriftliche Anfrage von Res Marti (Grüne) und Andreas Egli (FDP) vom 03.02.2021:****Signalisation von Zonen und Strecken mit Tempo 30, Möglichkeiten für eine Markierung von «30» auf der Fahrbahn auch bei einer Streckensignalisation**

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 495 vom 26. Mai 2021).

4060. 2021/115**Schriftliche Anfrage von Markus Kunz (Grüne) und Mark Richli (SP) vom 17.03.2021:****Tagungsort des Gemeinderats, Prüfung möglicher Alternativen zum Rathaus und Haltung zu den potenziellen Standorten Kasernenareal, Globusprovisorium und Carparkplatz**

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 500 vom 26. Mai 2021).

4061. 2020/355**Weisung vom 26.08.2020:****ERZ Entsorgung + Recycling Zürich, Verordnung über die Gebühren zur Abwasserbewirtschaftung (VGA), Senkung der Finanzreserven, Totalrevision**

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 24. März 2021 ist am 31. Mai 2021 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 16. Juni 2021.

4062. 2020/464**Weisung vom 28.10.2020:****Finanzdepartement, Jubiläumsdividende der Zürcher Kantonalbank, Verwendung für Projekte der Bevölkerung, Rahmenkredit und Vorlage einer Kreditweisung für Projekte zugunsten armutsbetroffenen Personen in der Stadt Zürich**

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 24. März 2021 ist am 31. Mai 2021 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 16. Juni 2021.

4063. 2020/523**Weisung vom 25.11.2020:****Liegenschaften Stadt Zürich Tausch Liegenschaft Dufourstrasse 144/146 (Alterssiedlung Dufourstrasse), Quartier Riesbach, gegen Liegenschaft Gattikerstrasse 5, Quartier Hirslanden, Vertragsgenehmigung**

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 24. März 2021 ist am 31. Mai 2021 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 16. Juni 2021.

4064. 2020/535**Weisung vom 02.12.2020:****Grün Stadt Zürich, Verein Voliere Seebach, Beiträge 2021–2025**

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 24. März 2021 ist am 31. Mai 2021 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 16. Juni 2021.

4065. 2020/536**Weisung vom 02.12.2020:****Grün Stadt Zürich, Verein Voliere Gesellschaft Zürich, Beiträge 2021–2025**

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 24. März 2021 ist am 31. Mai 2021 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 16. Juni 2021.

Nächste Sitzung: 16. Juni 2021, 17 Uhr.